

MAGAZIN

AKTUELLES

Urteil stärkt Hochwasserschutz

AKW: Gefahr aus Belgien

BUND AKTIV

Aktion gegen Kohledeal

Mehr Insektenvielfalt

Umweltbildung im Marienhof

KLIMASCHUTZ IN NRW

Neuer Schwung für Erneuerbare

KLIMASCHUTZ

NEUER SCHWUNG

NRW hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterher. Doch jetzt gibt es neuen Schwung für die Nutzung von Wind und Sonne. Der BUND drängt dabei auf einen naturverträglichen Ausbau.



DIRK JANSEN

ist Geschäftsleiter des BUND NRW

Die erneuerbaren Energien tragen in NRW bislang nur zu etwa 20 Prozent zur Stromerzeugung bei. Vor allem die besonders klimaschädliche Kohle dominiert noch immer die Stromproduktion. Der Nachholbedarf ist deshalb groß.

NEUER RECHTSRAHMEN

Die Regierungen in Bund und Land haben deshalb eine Reihe von Änderungen verabschiedet oder geplant, die den Ausbau der Nutzung von Wind und Sonne beschleunigen sollen. So muss Nordrhein-Westfalen mindestens 1,8 Prozent seiner Landesfläche als Bereiche für die Windenergienutzung planerisch sichern. Welche Regionen welche Anteile zu erbringen haben, soll jetzt durch die Änderung des Landesentwicklungsplans geregelt werden. Auch die solare Baupflicht kommt. Ab dem 1. Januar 2024 wird für neue gewerbliche und industrielle Gebäude eine Solaranlagenpflicht gelten, für neue Wohngebäude ein Jahr später. Später sollen dann auch bei Bestandsgebäuden im Falle von Dachsanierungen entsprechende Nachrüstungsverpflichtungen gelten. Auch der Bau von Solaranlagen auf Freiflächen soll erleichtert werden.

Der BUND begrüßt diese Offensive beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit wird die Blockade in der letzten Legislaturperiode beseitigt, wodurch NRW im deutschlandweiten Vergleich zurückgefallen ist. Allerdings muss die Installation

neuer Anlagen naturverträglich erfolgen. Mit einiger Besorgnis sehen wir deshalb, dass der Natur- und Artenschutz zu kurz zu kommen droht.

NATUR- UND ARTENSCHUTZ

Die Transformation hin zur Klimaneutralität ist ein wichtiger Baustein zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Denn diese sind massiv bedroht, was sich im dramatischen Schwund an biologischer Vielfalt festmachen lässt. "Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere" - so heißt es in Artikel 20a des Grundgesetzes. Es gilt also, der Biodiversitätskrise auch durch einen naturverträglichen Umbau des Energiesystems zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begegnen. Klima- und Artenschutz müssen immer gemeinsam gedacht werden, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Als Reaktion auf die durch den Angriff auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise hat die Europäische Union jedoch eine Dringlichkeitsverordnung erlassen, die dem zuwiderlaufen droht. Sie wurde vom Bundesgesetzgeber durch das Winde-





Fotos: Dirk Jansen

Neu gegen alt: Im Rheinischen Braunkohlenrevier hat die Energiewende langsam begonnen.



Foto: Dirk Jansen

Produziert seit 23 Jahren Strom: Die PV-Anlage auf dem Dach der BUND-Landesgeschäftsstelle.

nergieflächenbedarfsgesetz umgesetzt. Danach hat die Zulassung von Windenergieanlagen in sogenannten „Go-to-Gebieten“ mit reduziertem umweltrechtlichem Prüfprogramm zu erfolgen. Umweltverträglichkeits- und Artenschutzprüfungen fallen in solchen Windenergiegebieten zukünftig bei der Anlagengenehmigung weg. Sie sollen auf der vorgelagerten Planungsebene im Rahmen strategischer Umweltprüfungen durchgeführt werden - allerdings mit geringerer Prüfdichte.

BUND-FORDERUNGEN

In Gesprächen mit der Landesregierung zur anstehenden Änderung des Landesentwicklungsplans drängt der BUND deshalb darauf, die Energiewende naturverträglich umzusetzen. Auch außerhalb definierter Tabubereiche wie etwa Natur- und Vogelschutzgebieten müssen die artenschutzrechtlichen Belange bei der Ausweisung von Windenergiegebieten sauber abgearbeitet werden. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) - das ist eine besondere Flächenkategorie der Regionalplanung - müssen ebenfalls für die Windenergienutzung ausgeschlossen werden. Dazu ist die Inanspruchnahme

von Forst- oder Waldflächen zu präzisieren. In natürlichen Waldökosystemen haben Windräder jedenfalls nichts verloren. Werden diese Anforderungen erfüllt, verbleiben gemäß der Flächenanalyse des Landesumweltamtes noch immer 3,1 Prozent der Landesfläche als mögliche Flächen für die Windenergienutzung - und damit deutlich mehr, als die zu erbringenden 1,8 Prozent. Das sollte bei vernünftiger Regionalplanung konfliktfrei machbar sein.

Auch für die Nutzung der Sonnenkraft hat der BUND klare Rahmenbedingungen formuliert. "So viel Photovoltaik auf die Dächer wie möglich, so viel Photovoltaik auf Freiflächen wie nötig", lautet die Devise. Freiflächen-PV-Anlagen sollten möglichst in infrastrukturell vorbelasteten Gebieten errichtet werden. Als so genannte Agri-PV-Anlagen können sie sogar für eine ökologische Aufwertung intensiv genutzten Ackerlandes sorgen.

Mehr Artenschutz ohne die Ausbauziele zu gefährden - möglich ist es.

 **MEHR ZUM THEMA**
www.bund-nrw.de/energie

KURZINFO

217 Millionen Tonnen Treibhausgase hat NRW in 2021 ausgestoßen. Das entspricht 27,5 % der gesamtdeutschen Emissionen. Von 2020 bis 2021 stieg der CO₂-Ausstoß um 13 Mio. t. Die 2022er-Bilanz dürfte noch schlechter ausfallen.



In NRW produzierten im letzten Jahr 3.768 Windenergieanlagen 13,9 Terawattstunden Strom. Solaranlagen kamen auf 7,6 TWh, wobei 90 % auf Dachflächen-PV entfielen. Mit einem Zubau 955 MW_p verzeichnete die Photovoltaik in 2022 einen neuen Rekord.

22 %

ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in NRW. Bundesweit lag der Anteil in 2022 bei 46,2 Prozent.



Foto: Dirk Jansen

Ein neuer rheinferner Deich könnte in Düsseldorf zusätzliche ökologische Entwicklungsflächen schaffen.

HOCHWASSERSCHUTZ

CHANCE FÜR DIE NATUR

Der BUND hat seine Klage gegen die geplante Deichsanierung in Düsseldorf gewonnen. Das Urteil stärkt den ökologischen Hochwasserschutz.

Jetzt ist es höchstrichterlich entschieden: Die Pläne der Bezirksregierung Düsseldorf zur Sanierung des alten Rheindeiches in Düsseldorf-Himmelgeist sind rechtswidrig. Jetzt müssen die Verwaltungen umplanen. Damit ergeben sich große Chancen für die Natur.

Der BUND hatte sich mit seiner Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung bereits im Februar 2022 vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster durchgesetzt. Eine Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen. Damit wollte sich die Behörde nicht abfinden und legte Beschwerde ein. Diese wurde jetzt vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zurückgewiesen. Der BUND hatte mit seiner Klage insbesondere geltend gemacht, dass die

geplante Sanierung des alten Deiches im Himmelgeister Rheinbogen gegen das wasserrechtliche Verbesserungsgebot und gegen die Vorgabe zur Wiederherstellung früherer Überschwemmungsgebiete verstoße. Dem könnte aber durch den Neubau eines rheinferneren Deiches entsprochen werden. Dieser war von der Bezirksregierung Düsseldorf allerdings aus finanziellen Gründen verworfen worden. Eine vertiefte Abwägung fand nicht statt.

GRUNDSÄTZLICHE BEDEUTUNG

Dem Urteil kommt eine grundsätzliche Bedeutung zu. Damit ist klar, dass die Rückgewinnung früherer Überschwemmungsgebiete in Zeiten des Klimawandels von besonderer Bedeutung ist. Im Zuge von Deichsanierungsmaßnahmen müssen



Foto: Dirk Jansen

79 Wildbienenarten konnten auf dem Himmelgeister Deich nachgewiesen werden.

deshalb ein wirksamer Hochwasserschutz und die Verbesserung der Ökologie des Rheins und seiner Auen miteinander gedacht und umgesetzt werden.

Jetzt besteht die Chance, durch eine Neuplanung gleich mehrere positive Effekte zu erzielen. Durch eine rheinferne Deichvariante können bis zu 113 Hektar ökologisch wertvolle Überschwemmungsflächen geschaffen werden. Das stärkt auch den Hochwasserschutz. Und: Der alte Deich könnte in großen Teilen einfach stehen bleiben. Damit bliebe ein wichtiges Refugium für eine Vielzahl gefährdeter Wildbienenarten erhalten.



Foto: Michelverbeek, CC BY-SA 3.0

Das belgische AKW Tihange steht nur 60 Kilometer von unserer Landesgrenze entfernt.

AKW-LAUFZEITVERLÄNGERUNG

GRENZÜBERSCHREITENDE GEFAHR

Deutschland ist aus der Atomkraft ausgestiegen. Doch in Belgien und den Niederlanden sollen die AKW-Laufzeiten verlängert werden.

Die Pannenreaktoren in Tihange 3 und Doel 4 sorgten schon für viele Negativ-Schlagzeilen. Trotzdem will die belgische Regierung deren Laufzeit bis 2035 verlängern.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Konsultation zur Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens hat der BUND eine umfassende Stellungnahme abgegeben. Mit einem Weiterbetrieb der vor fast 40 Jahren in Betrieb genommenen Atommeiler wären unkalkulierbare Risiken verbunden. Unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine hat die belgische

Regierung beschlossen, die Laufzeit um 10 Jahre zu verlängern. Nach derzeitigen Planungen sollen beide Reaktoren nach einer technischen Überprüfung ab November 2026 wieder ans Netz gehen. Für Klaus Brunsmeier, Landesvorstand des BUND, kommt hingegen nur eine sofortige Stilllegung infrage: "Im Falle eines Super-GAUes wären große Teile Nordrhein-Westfalens einem radioaktiven Fallout ausgesetzt." Die kürzeste Entfernung der Kraftwerksstandorte zur nordrhein-westfälischen Grenze beträgt ca. 60 Kilometer (Tihange) bzw. 130 Kilometer (Doel).

Doch das schlechte Beispiel macht Schule. Auch die Niederlande überlegen, die Laufzeit des 50 Jahre alten AKW Borssele ab 2033 um bis zu 20 Jahre zu verlängern. Deutschland ist daran nicht ganz unschuldig: Die Brennelemente auch für diesen Meiler kommen aus der Fabrik in Lingen.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/atom



Foto: Dirk Jansen

Kaum Wasser unter dem Kiel: Rhein-Schifffahrt in Dürrezeiten.

BINNENSCHIFFE UND NIEDRIGWASSER

Die anhaltende Dürre macht auch der Rheinschifffahrt zu schaffen. Die Wirtschaft reagiert darauf mit Forderungen nach baulichen Eingriffen.

Es regnet zu wenig, die Wasserstände in unseren Flüssen sinken rapide, die Temperaturen steigen. Durch Begradigung und Kanalisierung mit Stau-stufen sind viele Flüsse zusätzlich gestresst. Sie sind schon jetzt in einem schlechten ökologischen Zustand, der durch die Klimakrise verschärft wird. Insbesondere der Ausbau unserer Flüsse zu Wasserstraßen hat gravierende ökologischen Folgen, die durch die anhaltende Dürre verstärkt werden. Das gilt auch für den Rhein. Anstatt ihn weiter für die Schifffahrt auszubauen, ist nach BUND-Auffassung vorrangig seine ökologische Revitalisierung erforderlich, um seine wichtigen Funktionen für Mensch und Natur angesichts der Klimakrise zu erhalten. "Dem Rhein und seinem Einzugsgebiet geht es schlecht", konstatiert der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. "Anstatt die Fahrrinne des Rheins für die Schifffahrt auszubauen, müsste seine ökologische Qualität deutlich verbessert werden, um den Vorgaben des EU-Rechts zu genügen. Wir fordern daher, die Schiffe an den Fluss anzupassen - und nicht umgekehrt."

AKTION GEGEN BRAUNKOHLLE

KLIMAZIEL STATT KOHLEDEAL

Während sich die Landesregierung, Kommunen, RWE und Co. sich mit der Unterzeichnung des so genannten Reviervertrags 2.0 selbst feierten, protestierten der BUND, Fridays for Future und kirchliche Gruppen in Düsseldorf für echten Klimaschutz und den schnellen Abschied von der Braunkohle.

Zuerst aber war Malerarbeit angesagt: Es dauerte einige Stunden, ehe das 30 mal 15 Meter große Straßenbild die Rheinpromenade vor der Staatskanzlei in Düsseldorf verschönerte. „1,5 Grad-Ziel statt Kohledeal“ war die unübersehbare Botschaft. Damit forderten die Aktivist*innen eine Neuausrichtung der Klimaschutzpolitik zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und einen Strukturwandel unter echter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Dafür müssten die Weichen in der neuen Braunkohle-Leitentscheidung gestellt werden, die für September erwartet wird.

Konkreter Anlass der Aktion war die Unterzeichnung des Reviervertrags 2.0, mit dem der Weg für den Strukturwandel in der Braunkohlenregion geebnet werden soll. Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des BUND betonte vor der Presse: "Dieser Reviervertrag ist nicht unserer. Die ganze aufgefahrne Politprominenz und die bunten Bilder von der Unterzeichnung können nicht darüber



Foto: Timo Föglster

hinwegtäuschen, dass die Weichenstellungen nicht ausreichen, um das Braunkohlenrevier zukunftsfähig aufzustellen. Weder der Klimaschutz noch die Transformation zu einer nachhaltigen grünen Wirtschaftsregion werden so gelingen." Es spreche auch für sich, dass die Zivilgesellschaft wie üblich weitgehend außen vor geblieben sei.

Auch Fridays for Future-Sprecherin Pauline Brünger war enttäuscht: "Bei der neuen Kohle-Leitentscheidung orientiert sich die Landesregierung aktuell einzig und allein an dem dreckigen Kohle-Deal mit RWE, wegen dem Anfang des Jahres schon Lützerath geräumt werden musste. Sie verliert das Pariser Klimaschutzabkommen vollkommen aus den Augen. Weitere 280 Millionen Tonnen Kohle im Tagebau Garzweiler abzubaggern und dafür in diesem Sommer sogar Windräder abzureißen, ist klimapolitischer Wahnsinn."



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/braunkohle

KLIMASTREIK AM 15.09.

RAUS AUF DIE STRASSE!

Am 15. September gehen wir bundesweit auf die Straße, um mehr Druck für den Klimaschutz zu machen. Im BUND-Fokus steht dabei die Mobilitätswende. Der NRW-Landesverband mobilisiert vor allem zur großen Demo in Düsseldorf.



Kontakt und alle Infos: Stephan Baur,
stephan.baur@bund.net, T. 0211 / 30 200
524, www.bund-nrw.de/mobilitat,
#Klimastreik



Foto: Nick Jaussi

SÜRTHER AUE BLÜHT AUF

Nachdem der Ausbau des Godorfer Rheinhafens gestoppt worden war, übernahm der BUND Köln das Management für das gerettete Naturschutzgebiet - mit schon jetzt großem Erfolg.

Mehr als zehn Jahre war das vermeintliche Hafenerweiterungsgebiet ohne Naturschutz geblieben und in dieser Zeit vollkommen verbuscht. Daher legte der BUND einen Wiederherstellungsplan auf und übernahm im letzten Winter die ökologische Bauleitung für dessen Umsetzung. Etwa 9 Hektar Offenlandhabitate wurden geschaffen, 6 Hektar unterschiedlichste Gehölzinseln belassen und nachträglich eine Esel-Beweidung eingeführt - in guter Zusammenarbeit mit dem städtischen Grünflächenamt. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Bereits jetzt sind zehn gefährdete Pflanzenarten wieder aufgetaucht, sind insektenreiche Blühweiden entstanden und der stark gefährdete Flussregenpfeifer hat wieder einen Lebensraum gefunden. Auch dank der Kooperation mit dem örtlichen Bürgerverein übernehmen zahlreiche neue Aktive die ehrenamtlichen Aufgaben. Die fünf Eseldamen haben sich bestens eingelebt und im Juli auch noch

für niedlichen Nachwuchs gesorgt. Noelle und N`Amour grasen und wälzen sich nun als Teil der Herde ganzjährig durch die wieder erblühte Aue.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-köln.de



Foto: Holger Sitoh

"Hauptamtlich" im Einsatz für den praktischen Naturschutz: Die Esel-Herde in der Sürther Aue.

MEHR INSEKTENVIELFALT

Die BUND-Kreisgruppe Gütersloh unterstützt den Biohof Beckerwerth in Versmold. Vor drei Jahren pflanzten die Gruppenmitglieder Windschutz-Hecken auf einer Streuobstwiese, aktuell geht es um Kauf und Aussaat regionaler Blumensamen.

Hof-Inhaberin Elke Beckerwerth und ihr Ehepartner Dirk Krüger haben sich im Nebenerwerb auf den Anbau von Bioobst spezialisiert. Vermarktungsreif ist bislang die relativ unbekannte Aroniabeere. Daraus gewinnen sie herb schmeckenden Saft ohne Zusätze und Brotaufstrich. Die auch als „schwarze Apfelbeere“ bezeichneten Früchte gehören zu den anerkannten Heilpflanzen. "Neben vielen Vitaminen enthalten sie beispielsweise einen Stoff, der Gifte im Darm bindet. Sie werden ausgeschieden, statt ins Blut zu wandern", erläutert Beckerwerth. Auch andere Bestandteile der kleinen schwarzen Früchte haben eine wohltuende Wirkung auf den menschlichen Körper.

Das Geschäft auf dem Biohof ist nachhaltig angelegt. Und dennoch finden die beiden immer noch Verbesserungsmöglichkeiten. Beckerwerth: "Den Platz um die Beerensträucher herum und Bereiche auf der Streuobstwiese wollen wir für insektenfreundliche Blumen nutzen." Denn heimische Wildbienen, Florfliegen, Acker- und Steinhummeln sowie einige Schmetterlingsarten gehen nur an bestimmte Blüten. Krüger ergänzt: "Auf Freiflächen dürfen ohnehin nur regionale Pflanzenarten gesät werden." Das sei gesetzlich vorgeschrieben und sehr sinnvoll für den Artenschutz. Das begrüßt auch die zweite Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Gütersloh, Birgit Lutzer: "Der Biohof Beckerwerth liegt uns seit einigen Jahren besonders am Herzen. Den Betreibern ist der



Foto: BUND, Gütersloh

Die BUND KG Gütersloh spendiert die Blumensamen für die Blühstreifen-Aktion (v.l.): Elke Beckerwerth, Birgit Lutzer und Dirk Krüger.

achtsame Umgang mit der Natur wichtig. Das sollte zum Vorbild für andere Betriebe werden." Das Insektensterben sei massiv durch Eingriffe der industriellen Landwirtschaft gefördert worden. "Weiden und Streuwiesen, Hecken oder feuchte Senken fallen der Schaffung von Agrarwüsten zum Opfer." Hinzu kämen die intensive Bewirtschaftung mit großen Maschinen, Insektizide und Überdüngung. Lutzer bedauert: "Nischen für Wildtiere und Wildpflanzen gibt es auch im Kreis Gütersloh immer weniger."



KONTAKT

www.bund-gt.de

BILDUNGSZENTRUM MARIENHOF IM AUFWIND

Der Marienhof ist in Hagen schon seit vielen Jahren als außerschulischer Bildungsanbieter mit seinem Jugendgästehaus in der Natur bekannt. Seit 2022 gehört der Marienhof dem BUND und der BUNDjugend NRW. Die Umweltbildungsstätte im grünen Band von Hagen bietet Kindern und Jugendlichen Programme und Übernachtungsmöglichkeiten für bis zu 45 Personen.

Im letzten Jahr nahmen über 6.000 Teilnehmende an Bildungsveranstaltungen teil. In den kommenden Jahren wird das Angebot weiter ausgebaut. Das Leitbild des Marienhofs lautet: „Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen“ (Aristoteles zugeschrieben). Das spiegelt die Arbeit des siebenköpfigen Teams gut wieder. Gemeinsam praktische Erfahrungen in der Natur sammeln, eintauchen in Umwelt- und Naturschutzthemen, das eigene Verhalten reflektieren und Strategien entwickeln, um den Sinn für Nachhaltigkeit zu wecken. Das Bildungsreferententeam vermittelt einen Zugang zur Natur und bietet die Chance, mit Spaß eigene Gestaltungskompetenzen zu entwickeln. Die Bildungsthemen reichen vom Lebensraum Wald, zu Gewässern, Wiese und vielem mehr. Für jede Altersklasse ist etwas dabei. Von der Outdoorübernachtung unter freiem Sternenhimmel, über Wie-



Foto: Marienhof

Zum Marienhof gehört auch ein Buchenwald inklusive Barfußpfad.

sensafaris auf der Spur der Insekten, bis zur Bachuntersuchung gibt es jede Menge zu entdecken und zu erfahren. Neu ist jetzt das Komplettangebot für eine dreitägige Klassenfahrt.



NÄHERE INFOS

www.marienhof-hagen.de

FLEDERMAUSSCHUTZ ZUM MITMACHEN

Der BUND hat ein Bürger*innen-Wissenschaftsprojekt zur Erfassung von Fledermausquartieren an Gebäuden gestartet.

Fledermäuse sind still und heimlich und vielfach zu Zeiten unterwegs, wenn andere Leute schlafen. Sie sind oft unerkannte Nachbarn oder Mitbewohner an Gebäuden in unseren Städten. Doch nur, wenn die Quartiere bekannt sind, können sie bei Gebäudesanierungen oder -abrissen geschützt werden. Ziel des Mitmach-Projekts ist es, die Wochenstuben - also Orte, an denen die Fledermausweibchen ihre Jungen aufziehen -, Zwischen- und Winterquartiere von Zwergfledermäusen, Mausohren und Co. zu erfassen. Hierzu werden ehrenamtliche Mitarbeiter*innen unter den BUND-Mitgliedern gesucht, die uns bei der Suche nach Quartieren aktiv unterstützen. Hierzu sind keine besonderen Fähigkeiten oder Kenntnisse vonnöten, jede*r kann mitmachen. Zur Erfassung der Fledermäuse bekommen alle Mitmachenden einen Fledermausdetektor, mit dem die Ultraschall-Ortungsrufe der Fledermäuse hörbar gemacht werden und eine Rotlichtlampe.



Foto: MissMhisi, CC BY-SA 4.0



KONTAKTIEREN
SIE UNS

Wer interessiert ist und mitmachen möchte, kann sich für weitere Informationen wenden an:

Bernd Meier

Tel. 0170 76 190 35

E-Mail: fledermausschutz@bund.net

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 23.900 • **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, IBAN: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2023. © BUND NRW e.V., August 2023